Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Bundesschiedskommission

**Entscheidung
in dem Parteiordnungsverfahren
6/1976/P
07.10.1976**

des Vorstandes des SPD-Kreisverbandes D,
vertreten durch den Vorsitzenden A aus H,

g e g e n

- Antragsteller und Berufungsantragsgegner -

E aus A

- Antragsgegner und Berufungsantragsteller -

Beistand: W aus B

beigetreten:

Vorstand des SPD-Landesverbandes S., vertreten durch a) B aus K und b) L aus K

hat die Bundesschiedskommission in ihrer Sitzung am 7. Oktober 1976 in Bonn unter
Mitwirkung von

Käte Strobel (Vorsitzende)
Dr. Johannes Strelitz und
Prof. Dr. Peter Landau

entschieden:

Die Entscheidung der Landesschiedskommission S. vom 11.
Februar 1976 wird aufgehoben.

Auf die Berufung des Antragsgegners wird entschieden, daß
alle seine Rechte aus der Mitgliedschaft in der SPD auf die
Dauer von drei Jahren ruhen.

Tatbestand

Der Genosse E ist seit 1961 Mitglied der SPD. Bevor er im Jahre 1975 als Listenkandidat in den Bundestag nachrückte, hatte er auf verschiedenen Ebenen der Partei in S. Ämter für die Partei inne. Da er im besonderen Maße mit der wirtschaftlichen Lage seiner Region vertraut war, wußte er, daß die Verwirklichung des seit langem ins Auge gefaßten Planes, einen Kanaltunnel bei B zu bauen, die wirtschaftliche Entwicklung erheblich fördern würde. Da dieses Projekt immer wieder aus finanziellen Gründen gescheitert war, richtete der Antragsgegner ein Schreiben in dieser Angelegenheit an den Bundeskanzler, in dem er wegen einer möglichen baldigen Finanzierung nachfragte. Dieses Schreiben wurde durch den zuständigen Minister, den Genossen G, am 31.1.1975 zusammenfassend dahingehend beantwortet, daß die Voraussetzungen für eine "angemessene Finanzierung", unabhängig von der unbestrittenen wirtschaftlichen Bedeutung, nicht gegeben seien. Nachdem der Antragsgegner in der Folgezeit mehrfach gegenüber Dritten demgegenüber betont hatte, der Bau solle im Jahre 1976 begonnen werden, veränderte er wegen des positiven Echos, den Sinn des Briefes durch eine von ihm vorgenommene teilweise Neufassung derart, daß man sich um eine gesicherte Finanzierung bemühe und mit dem Baubeginn 1976 zu rechnen sei. Dieser Brief gelangte schließlich in die Öffentlichkeit und wurde auf Grund von Untersuchungen als verfälscht erkannt. Über den gesamten Vorgang wurde von der Presse ausführlich berichtet.

Am 22. Oktober 1975 leitete der Vorstand des Kreisverbandes D der SPD ein Parteiordnungsverfahren ein und beantragte das zeitweilige Ruhen einzelner oder aller Rechte aus der Mitgliedschaft auf die Dauer von drei Jahren. Der Vorstand des Landesverbandes S. trat dem Verfahren am 5.12.1975 bei und beantragte, den Genossen E aus der Partei auszuschließen, da ein grober Verstoß gegen die Grundsätze der Partei vorliege. Der Aufforderung, sein Mandat nicht anzunehmen, kam E nicht nach.

Die Unterbezirksschiedskommission entsprach auf ihrer Sitzung vom 12. Dezember 1975 dem Antrag des Antragstellers.

Gegen diese Entscheidung legte der Vorstand des Landesverbandes S. der SPD am 17.12.1975 Berufung bei der Landesschiedskommission ein. Gleiches tat der Antragsgegner mit Schreiben vom 9.1.1976. Er führte in seiner Begründung aus, es handele sich um ein Fehlverhalten, dessen Folgen er später vergeblich abzuwenden versucht habe.

Auf ihrer Sitzung vom 11.2.1976 entschied die Landesschiedskommission, den Genossen E aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auszuschließen.

In ihrer Begründung wurde ausgeführt, daß die Grundwerte der Partei betroffen seien, weil eine gezielte und bewußte Lüge als Mittel des Wahlkampfes ausgeschlossen sei. Der Verlust an politischer und moralischer Glaubwürdigkeit sei hoch anzusetzen. Durch den vorliegenden Verstoß gegen diese Grundsätze sei für die Partei ein Schaden entstanden, der größer sei, als dies von der Vorinstanz gesehen worden sei.

Gegen diese Entscheidung legte der Antragsgegner am 12. März 1976 Berufung bei der Bundesschiedskommission ein. In der Begründung führt er u.a. aus, daß seine Tätigkeit für die SPD von Nutzen gewesen sei. Jemand, der Ämter und Funktionen innehat, dazu sich in einer Streßsituation befinde, laufe Gefahr, sich in Situationen zu begeben, die seinem eigenen Willen in diesem Moment nicht mehr entsprächen.

Der Antragsgegner beantragte,

unter Aufhebung des angefochtenen Schiedsspruchs auf Erteilung einer Rüge zu erkennen.

Die Bundesschiedskommission hat sich durch eine Anhörung des Antragsgegners am 26. Juli 1976 ein Bild von dessen Persönlichkeit zu machen versucht.

Wegen des weiteren Vortrages der Parteien wird auf den Akteninhalt und die Entscheidungen der Vorinstanz Bezug genommen.

Entscheidungsgründe

Die Berufung des Antragsgegners erfolgte frist- und formgerecht. Die damit zulässige Berufung ist teilweise begründet.

Ihre Entscheidung, gemäß § 35 Abs. 2 Ziffer 3 auf das zeitweilige Ruhen aller Rechte aus der Mitgliedschaft bis zur Dauer von drei Jahren zu erkennen, sah die Bundesschiedskommission im vorliegenden Fall als ausreichende Maßnahme an.

Die Voraussetzungen des Ausschlusses gemäß § 35 Abs. 3 Organisationsstatut sah die Bundesschiedskommission vorliegend nicht als gegeben an.

Dabei teilt die Bundesschiedskommission die Auffassung der Vorinstanz, daß ein Verstoß gemäß § 35 Abs. 1 Organisationsstatut gegen die Grundsätze der Partei vorliegt. Sie ist weiterhin der Auffassung, daß der Antragsgegner durch seine Handlungsweise ein moralisch bedenkliches Verhalten an den Tag gelegt hat.

Zu den Grundsätzen der Partei gehört es, daß bei aller Härte der politischen Auseinandersetzung ein bestimmtes Maß an Fairneß gewahrt wird. Gerade die SPD hat sich bis heute in allen Wahlkämpfen zu den hohen Ansprüchen einer moralischen Grundhaltung bekannt. Zu Recht geht daher die Vorinstanz davon aus, daß mit diesen Grundsätzen die gezielte Tatbestandsverfälschung als Mittel der Wahlauseinandersetzung unvereinbar ist.

Die Bundesschiedskommission sieht es auch als erwiesen an, daß durch das Verhalten des Antragsgegners der Partei ein Schaden entstanden ist. Wie die Bundesschiedskommission in Übereinstimmung mit der ordentlichen Rechtsprechung in ständiger Spruchpraxis feststellt, ist der Schaden im Sinne von § 35 Organisationsstatut politisch und nicht etwa zivilrechtlich zu verstehen. Denn wenn man dem Begriff des schweren Schadens einen zivilrechtlichen Inhalt geben wollte, hieße das, daß eine konkrete politische Verhaltensweise zu einem konkret nachweisbaren Schaden, etwa einer Einbuße von Wählerstimmen geführt haben müßte. Dieser Nachweis ist jedoch niemals zu führen und daher vom Parteiengesetz auch nicht gewollt. In dem vorliegenden Fall ist es daher nicht entscheidungserheblich, ob die SPD Stimmen gewonnen hat oder nicht, da ein Kausalitätsnachweis zwischen individuellem Verhalten und Stimmengewinnen oder -verlusten für die Partei ohnehin nie herzustellen ist. Vielmehr liegt ein Schaden darin, daß die Glaubwürdigkeit der Partei in der Öffentlichkeit bei zukünftigen Auseinandersetzungen angezweifelt werden kann und das Vertrauen in die Aussage der Vertreter dieser Partei beeinträchtigt wird.

Die Bundesschiedskommission hat die Überzeugung gewonnen, daß der Antragsgegner sich lange Zeit in schwieriger Situation in verdienstvoller Weise um die Arbeit der Partei bemüht hat. Sie stimmt insoweit der eigenen Einschätzung des Antragsgegners zu, daß er in dieser besonderen Situation in seiner Entscheidungskraft beeinträchtigt war. Dieser Eindruck wurde bestärkt durch das Persönlichkeitsbild, das die Bundesschiedskommission vom Antragsgegner anlässlich der Anhörung gewonnen hat.

Weiterhin hat die Bundesschiedskommission die Umstände gewürdigt, die dem Antrag des Antragstellers zugrundegelegen haben, der nur auf ein Funktionsverbot zielte. Es war zu berücksichtigen, daß der Betroffene zunächst versucht hat, sein Fehlverhalten rückgängig zu machen. Die Bundesschiedskommission hat schließlich auch gewürdigt, daß er sich im Bundestag gegenüber der SPD-Fraktion loyal verhalten hat.

Danach liegt nach ihrer Auffassung nicht ein derart schwerer Verstoß vor, daß ein Ausschluß zu rechtfertigen gewesen wäre.

Klarstellend weist die Bundesschiedskommission darauf hin, daß die Drei-Jahresfrist mit der Zustellung der erstinstanzlichen Entscheidung beginnt.